

ANTISEMITISMUS

Ein Teil von uns

Was ist die angemessene Antwort, wenn sich Juden ausgerechnet in Deutschland wieder bedroht fühlen?

VON Josef Joffe | 19. März 2015 - 01:19 Uhr

Paris, Brüssel, Kopenhagen: Dass der mordende Antisemitismus Deutschland bislang verschont hat, ist die gute Nachricht. Die schlechte kommt von Josef Schuster, dem Zentralrats-Präsidenten, der Juden davon abrät, mit der Kippa durch Stadtteile mit hohem muslimischen Anteil zu wandern. Die Berliner Gemeinde verschickt ihre Zeitung nur noch im neutralen Umschlag. Benjamin Netanjahu ruft Europas Juden nach Israel.

Ein Blick zurück rückt die Dimensionen zurecht. Alle Premiers haben die Heimholung gepredigt; das ist Teil der israelischen DNA. Seit vierzig Jahren schützt die Polizei jüdische Einrichtungen in Deutschland vor Terror. Und dennoch hat sich die hiesige Gemeinde seitdem verdreifacht – auf über 100.000. Sie ist nach England und Frankreich die drittgrößte Europas.

Doch wachsen die dunklen Flecken. Im Vorjahr sind die antisemitischen Vorfälle gegenüber 2013 um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Kippa-Warnung ist keine Hysterie. Es ist in der Tat nicht klug, sie in Neukölln zu zeigen. Umso erstaunlicher ist es, wenn Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller die Augen verschließt: "Ich nehme das so nicht wahr." Das Ziel sind Juden als solche, nicht eine "Fünfte Kolonne" Israels, wie sie durch die Köpfe von Muslimen, aber auch ganz Rechten und Linken spukt.

Es gehört zur Wiedergutmachung, zur "Wiedergutwerdung"

Dieses Land hat aber noch ein anderes Problem, ein sehr deutsches, das seiner Geschichte geschuldet ist. Dass sich hier nach 1945 wieder Juden angesiedelt haben, zumal während der Massenemigration aus dem einstigen Ostblock, war ein Teil der Wiedergutmachung, ja, der "Wiedergutwerdung". Denn "Juden in Deutschland" gehören in dieselbe Reihe wie "liberale Demokratie, Verfassungsstaat und unveräußerliche Bürgerrechte". Sie sind Teil des "Nie wieder!". Oder ganz sonor: der neuen Staatsräson.

Folglich hat Justizminister Heiko Maas recht, wenn er jeden Übergriff gegen Juden als "einen gegen uns alle" bezeichnet und "mit der ganzen Härte des Rechtsstaates verfolgen" will. Vordergründig geht es gegen die Juden, in Wahrheit aber um die Frage: "Wer sind wir, was wollen wir sein?" Bestimmt kein Land, in dem sich ein Jude – oder wer auch immer – verstecken muss, weil er seinem Gott huldigt. No-go-Zonen sind das Gegenteil von Freiheit.

Bedroht aber wird die deutsche Judenheit nicht nur von Hassparolen wie "Juden ins Gas!". Sie leidet auch an einem ureigenen Problem. Einst die am schnellsten wachsende Europas,

schrumpft sie wieder, und zwar ohne Netanjahus "Kommt zu uns"-Appell. Der Höhepunkt war 2006; seitdem stirbt die Gemeinde buchstäblich aus. Zwei krasse Zahlen: Im Jahre 2013 gab es 250 Geburten und 1.244 Todesfälle. Die Altersstruktur ist verheerend. Die Kohorte von 61 bis 80 ist mit 36.000 die allergrößte; dagegen stehen 5.000 Kinder bis zu elf Jahren. Aus dem Osten kamen hauptsächlich die Älteren, und die kriegen keine Kinder. Die Einwanderung macht nur ein Zehntel der früheren Zahlen aus.

So denn auch in fünfzig Jahren Juden zu Deutschland gehören sollen, braucht es zweierlei: Das Land muss zugleich sicher und offen bleiben – für Juden wie für alle Neuen. Deutschland "schafft sich nicht ab", schafft aber aus eigener Kraft keinen demografischen Gleichstand.

"Sicherheit" – für alle – fordert Realitätsbewusstsein. Es ist keine "Islamophobie", eine wachsende Bedrohung durch den Terror zu konstatieren. Es gilt nicht, Sicherheit gegen Freiheit zu tauschen, sondern die Freiheit des Terrors zu beschneiden. Absolute Sicherheit gibt es nicht, aber mehr davon sehr wohl. No-go-Zonen erfordern sichtbare Polizeipräsenz, also mehr Polizisten. Wer Menschen bedroht, weil sie anders sind, muss ein hohes Risiko zu gewärtigen haben.

Ein Einwanderungsgesetz wird es erlauben, genauer hinzugucken: Wer soll kommen, wer nicht? Das hilft den vielen Andersgläubigen und Andersfarbigen, die Bürger werden wollen. Nennen wir den Prozess nicht "Assimilation", sondern "Akkulturation". Doch kann der Staat nicht den Sittenlehrer spielen. Diese Aufgabe müssen Schulen, Kirchen, Moscheen, Medien, Verbände übernehmen. Die Werte der freiheitlichen Gesellschaft sind Bürgersache; Polizisten können nur verhaften, Gerichte nur aburteilen.

"Offenheit": Das Land darf sich nicht abschließen; aus Einwanderern müssen Bürger werden – ob Muslime oder die 18.000 Israelis in Berlin. Viele sind IT-Nomaden und Künstler, die Berlin "cool" finden – und billiger als Tel Aviv. Sie leben auf ihren Inseln, auf Abruf. Sollten sie nicht die Chance kriegen, Wurzeln zu schlagen? So wie alle anderen, die Talent und Ehrgeiz nach Deutschland bringen wollen?

Wir sind längst ein Einwanderungsland, haben aber in diesem hoch regulierten Staat noch nicht voll begriffen, was alles dazugehört: die rasche Anerkennung von Diplomen, Stipendien für Hochbegabte, Aufbau-Kollege, Abbau von Marktbarrieren, einfache Firmengründung, flexible Kapitalmärkte. Im übel beleumundeten Kaiserreich mit seiner Millionen-Einwanderung ging das viel schneller; sonst wäre es nicht zum Wachstums-Dynamo Europas geworden.

Sicherheit, Offenheit, Akkulturation: Dieser Dreiklang ist besser für die Zukunft als Ghettos, Maschinenpistolen vor Gotteshäusern und das Fremdbleiben im eigenen Land. Besser als Hysterie auf der einen und "Ich nehme das so nicht wahr" auf der anderen Seite.

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2015/10/antisemitismus-juden-einwanderung>